



UNSER DORFPLATZ SOLL SCHÖNER WERDEN

Neugestaltung des Dorfplatzes in Impekoven kommt nicht voran

>>> Als der alte Impekovener Kindergarten 2014 urplötzlich geschlossen und in einen Neubau in das Witterschlicker Gewerbegebiet verlegt wurde, waren die Sorgen der Impekovener groß, das Herzstück ihres Dorflebens zu verlieren und dass sich der Zustand des sogenannten Dorfplatzes weiter verschlechtern könnte.

Man hoffte, dass im Zusammenhang mit dem Neubau einer Kindertagesstätte nun auch der Dorfplatz neugestaltet würde, der vielen Zwecken gerecht werden soll. Ein erster „Runder Tisch“ im November 2017 sollte die Belange von Feuerwehr, Ortsausschuss,

der Vereine sowie der Bürger/innen aufnehmen.

Seitdem ist ein ganzes Jahr vergangen. Der Gemeinderat hat unter Einbeziehung der Ergebnisse der Gespräche mit den Betroffenen am 5. Juli 2018 die Verwaltung mit der Neugestaltung des Dorfplatzes Impekoven beauftragt. Danach wurde ein Antrag auf Förderung aus dem Dorferneuerungsprogramm des Landes NRW (max. 250.000 Euro möglich) gestellt, nachdem sich abzeichnete, dass die 190.000 Euro aus dem Gemeindehaushalt nicht ausreichen würden. Für die Förderzusage sind bestimmte Kriterien zu erfüllen,

u.a. sollen Dorfplätze als zentrale Orte der Dorferneuerung sowie der Veranstaltung von örtlichen Feierlichkeiten dienen. Als öffentlicher Parkplatz kann eine Neugestaltung nicht gefördert werden.

Stand Ende Oktober 2018 ist immer noch offen, wann, wie und auf welcher finanziellen Basis die Dorfplatzerneuerung in Impekoven realisiert wird. Die SPD Alfter fordert den Bürgermeister auf, wie versprochen die Bewohner/innen von Impekoven bald wieder zu informieren.

VON BIENCHEN UND BLÜMCHEN...

>>> ...erzählte man früher den Kindern, wenn die Erklärung der menschlichen Fortpflanzung anstand.

Heutzutage sind Bienen und Blümchen allerdings leider stark in ihrem Bestand gefährdet. Um rund 80% ist die Anzahl der Fluginsekten in Deutschland seit 1989 zurückgegangen. Neben dem Ausbringen insektenschädlicher, so genannter „Pflanzenschutzmittel“ wie Glyphosat oder Neonikotinoiden ist auch der Rückgang natürlicher Lebensräume für die Tiere durch Flächenversiegelung und -bewirtschaftung Grund dafür.

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat der Alfterer Rat nun beschlossen, gemeindeeigene Flächen dort, wo es möglich ist, nur noch 1-2 mal pro Jahr zu mähen. So sollen auf geeigneten kommunalen Flächen innerhalb der Gemeinde bald neue Blühwiesen und Blühstreifen entstehen, die ein reicheres Nahrungsangebot für Insekten bieten. Gleichzeitig kann die Gemeinde damit etwas für ihr Ökokonto nach dem Bundesnaturschutzgesetz tun.

Auf diesen Flächen werden sich innerhalb kurzer Zeit wieder mehr Bienen, Käfer und Schmetterlinge tummeln.

Zur Bekämpfung des Problems reicht dies allein jedoch nicht aus. Die Tiere werden nämlich von solchen Orten aus der ganzen Umgebung angezogen und konzentrieren sich dort. Die SPD wird sich weiter für ein Verbot von Glyphosat und Neonikotinoiden, gegen die Überdüngung von Feldern und für eine nachhaltige Landwirtschaft einsetzen. Mit einem Anteil von immerhin 51,6% an der gesamten Flächennutzung in Deutschland ist hier der größte Effekt zu erzielen. Schließlich ist die Artenvielfalt ein wichtiger Teil unserer Lebensgrundlagen.

NEUE CHANCE FÜR GESAMTSCHULE IN ALFTER

>>> Der letzte Versuch in der Gemeinde Alfter, eine Gesamtschule zu gründen, war im Jahre 2012 knapp an zu geringen Anmeldezahlen gescheitert. Nun besteht erneut die Chance, ab dem Schuljahr 2019/20 eine Gesamtschule in Alfter einzurichten: Als Dependance der Gesamtschule Rheinbach.

Diesmal sind mindestens 75 Anmeldungen Alfterer oder Rheinbacher Kinder für das Zustandekommen erforderlich. Abfragen an den Alfterer Grundschulen, ob eine Anmeldung für die Eltern infrage

käme, fielen positiv aus.

Ein vorgezogenes Anmeldeverfahren für die Dependance soll vom 5.- 12. Februar 2019 stattfinden. Die Möglichkeit für Eltern, ihr Kind an einer Schule ohne vorgezogenes Anmeldeverfahren anzumelden, bleibt auch danach noch bestehen. Allerdings werden die umliegenden Gesamtschulen ebenfalls vorgezogene Anmeldeverfahren durchführen, so dass beim Nichtzustandekommen der Alfterer Schule eine Anmeldung an umliegenden Gesamtschulen nicht möglich wäre.

Die SPD Alfter setzt sich für eine Lösung ein, die eine Anmeldung an anderen Gesamtschulen beim Nichtzustandekommen auch dann noch zulässt, um dieses Problem zu umgehen. Deshalb sollten auch, wie 2012, die Zwischenstände der Anmeldezahlen frühzeitig den Eltern mitgeteilt werden.

An einer Gesamtschule in Alfter würde Ihr Kind optimal gefördert und unterrichtet. Alfter braucht eine Gesamtschule mit kurzen Wegen.

ES GEHT VORAN BEI DEN JUSOS

SPD-Jugendorganisation wieder aktiv im Linksrheinischen

>>> Innerhalb des letzten Jahres sind viele engagierte junge Menschen in die SPD eingetreten. Auch in Alfter freuen wir uns über diesen Nachwuchs. Zusammen mit den anderen linksrheinischen Ortsvereinen sind die Alfterer Jusos nun Teil der neuen Kooperation „Jusos im linksrheinischen Rhein-Sieg-Kreis“.

Die Kooperation existiert seit diesem Sommer und die Zahl der Mitglieder steigt. Regelmäßige Zusammenkünfte an wechselnden Orten finden statt, im

Oktober traf man sich zur ersten Veranstaltung in Alfter. Jugendarbeit, ÖPNV, Umweltschutz und Inklusion sind nur einige Themen, die die linksrheinischen Jusos in Angriff nehmen möchten.

Interessierte zwischen 14 und 35 Jahren sind jederzeit herzlich willkommen und können sich per Facebook und Instagram unter „Rhein-Sieg Jusos Linksrhein“ anschließen. Die Jusos freuen sich auf Euch!

INHALT DIESER AUSGABE

SPD Rhein-Sieg wählt und **schärft Profil** Seite 2

Schwarz-Grün im Kreis steht beim **Wohnungsbau** auf der **Bremse** Seite 3

Beim Dorfplatz **Impekoven** geht es nicht voran Seite 4

SPD setzt sich für **Insektenschutz** ein Seite 4



„HEIMAT“ NICHT DEN RECHTEN ÜBERLASSEN

Der Begriff Heimat erlebt eine erstaunliche Renaissance. Häufig wird der Begriff von der politischen Rechten jedoch instrumentalisiert und ausgrenzend gebraucht. Ob es auch einen sozialdemokratischen Heimatbegriff gibt, fragten die Jusos Rhein-Sieg und die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) bei einem gemeinsamen Themenabend. Schnell einig war man sich darin, den Begriff Heimat nicht einfach den Rechten zu überlassen, sondern ihn positiv und progressiv zu besetzen. „Bedroht wird Heimat nicht durch Vielfalt, sondern durch das Schließen von Jugendzentren, Bürgerhäusern und Dorfkneipen, oder auch durch steigende Mieten, die Menschen aus ihrem Umfeld verdrängen“, so der Jusos-Vorsitzende Mario Dahm. Wilfried Hanft (SGK) sah die Aufgabe der Kommunen darin, entsprechende Angebote zu schaffen, die Begegnung und Austausch ermöglichen. Für Sara Zorlu, SPD-Fraktionsvorsitzende in Eitorf, ist die Kommunalpolitik der Ort, an dem Heimat durch politisches Handeln hergestellt werden muss.

NRWSPD LEGT KONZEPT FÜR BEZAHLBARE MIETEN VOR

Um explodierenden Mieten und der Wohnungsnot etwas entgegenzusetzen, stellte der neue Landesvorsitzende der SPD, Sebastian Hartmann, ein Konzept vor. Mittels einer neuen Wohnungsbaugesellschaft des Landes sollen neue, bezahlbare Wohnungen entstehen. Sie arbeitet dabei ohne zusätzliche Haushaltsmittel und großen Verwaltungsapparat, indem die Kommunen Grundstücke als Eigenkapital einbringen, auf denen gebaut wird. Da die Landesgesellschaft keine Gewinne erzielen muss, kann sie überall im Land Wohnraum mit günstigen Mietpreisen bereitstellen. Außerdem will die SPD Mietsteigerungen gesetzlich stark begrenzen.

„ROT PUR“ - SPD RHEIN-SIEG FÜR HÖHERE RENTEN UND MINDESTLOHN

>>> Die inhaltliche Debatte und die Wahl eines neuen Kreisvorstands standen im Mittelpunkt des Kreisparteitages der SPD im Rhein-Sieg-Kreis. Schon zuvor hatte die SPD in drei thematischen Veranstaltungen Ideen für die Themen Rente, Arbeit, Europa und Verteilungsgerechtigkeit gesammelt und diese in Anträgen auf dem Parteitag zur Diskussion gestellt. Mit diesen Positionierungen will die Rhein-Sieg-SPD auch auf Landes- und Bundesebene wirken und aktiv an einer Profilschärfung der SPD als linker Volkspartei mitwirken.

So fordern die Sozialdemokraten u.a. steigende Renten und eine neue „Garantierente“ von mindestens 1000 Euro, damit ein gutes Leben im Alter überall im Land möglich ist. Gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden. Deshalb setzt sich die SPD Rhein-Sieg für die Anhebung des Mindestlohns auf 12 Euro ein. Auch das ist ein Mittel, um Altersarmut zu bekämpfen. Die sachgrundlose Befristung will die Kreispartei verbieten, um mehr Sicherheit für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu schaffen. Um Investitionen in Bildung, Infrastruktur und sozialen Zusammenhalt sowie einen starken solidarischen Sozialstaat zu finanzieren, sprachen sich die

Delegierten für die Wiedereinführung einer Vermögenssteuer und einen höheren Spitzensteuersatz für Top-Verdiener aus. So könnten gleichzeitig auch Menschen mit kleineren und mittleren Einkommen entlastet werden.

Auf Antrag der Jusos schloss sich die SPD der Forderung nach einem „Ticket für alle“ für 365 Euro im Jahr und einen Euro am Tag im gesamten Verkehrsverbund an. Ein solches Ticket könnte perspektivisch Mobilität für alle Menschen sicherstellen sowie Luftverschmutzung und Dauerstau effektiv bekämpfen.

Mit 96% Zustimmung wählte der Parteitag den Bundestagsabgeordneten Sebastian Hartmann aus Bornheim erneut zum Kreisvorsitzenden. Seine Stellvertreter sind Achim Tüttenberg (Troisdorf) und Sara Zorlu (Eitorf). KassiererIn ist weiterhin Nicole Sander, Bürgermeisterin von Neunkirchen-Seelscheid. Die Schriftführung übernimmt Gisela Becker aus Lohmar. Den neuen Kreisvorstand komplettieren Mario Dahm (Hennef), Tobias Leuning (Swisttal), Cornelia Mazur-Flör (Königswinter), Katja Ruiters (Much), Frank Sauerzweig (Siegburg) und Denis Waldästl (Sankt Augustin).



Der neue Kreisvorstand der SPD Rhein-Sieg

SCHWARZ-GRÜN STEHT BEIM WOHNUNGSBAU AUF DER BREMSE

>>> Bezahlbaren Wohnraum für alle Menschen zu schaffen, ist die zentrale soziale Aufgabe des Jahrzehnts. Im Rhein-Sieg-Kreis fehlen bis zu 30.000 Wohnungen. Das liegt nicht nur am Zuzug, sondern z.B. auch daran, dass durchschnittlich immer weniger Personen in einem Haushalt zusammenleben. Wird der Wohnraum knapp, steigen die Preise. Das lässt sich auch im Rhein-Sieg-Kreis beobachten. Gerade in den Ballungsgebieten gibt es kaum noch bezahlbare Wohnungen. Die Folge ist ein Verdrängungsmechanismus.

Menschen mit kleinen Einkommen werden aus ihrem Umfeld verdrängt. Die SPD-Kreistagsfraktion arbeitet seit Jahren an diesem wichtigen Thema, scheitert mit Vorschlägen aber immer

„Investieren statt spekulieren.“

wieder an der schwarz-grünen Kreistagsmehrheit, die allenfalls halbherzig agiert. Zuletzt lehnten CDU und Grüne den Vorschlag der SPD ab, die Aktien-

anteile des Kreises am RWE-Konzern zu veräußern und die erzielte Summe in den Bau von Wohnungen mit bezahlbaren Mieten im öffentlichen Eigentum zu investieren. „Wir sind erstaunt, dass die Grünen im Hambacher Forst gegen das RWE demonstrieren, im Rhein-Sieg-Kreis aber gemeinsam mit der CDU eisern daran festhalten, Aktionär des Kohlekonzerns zu bleiben, statt kreiseigene Wohnungen zu bauen“, bedauert der Fraktionsvorsitzende der SPD, Dietmar Tendler, die Haltung der Kreistagsmehrheit.



SOZIALER ARBEITSMARKT ALS CHANCE FÜR DIE REGION

SPD-Kreistagsfraktion hatte zur Diskussion geladen

>>> „Langzeitarbeitslose brauchen eine realistische Chance auf eine Arbeit, die sie leisten können“ - mit diesen Worten begrüßte Dietmar Tendler, Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion, interessierte Gäste zu einer Podiumsdiskussion zum sozialen Arbeitsmarkt. Auf Betreiben der SPD werden 150.000 neue, staatlich unterstützte Jobs geschaffen, um Langzeitarbeitslosen eine Perspektive zu bieten, die sonst kaum Fuß fassen könnten. Professor Dr. Stefan Sell von der Hochschule Koblenz stellte die Funktionsweise dieses Arbeitsmarktes vor. Zunächst werde ein Lohnkostenzuschuss gezahlt, der nach und nach reduziert wird. Der Geschäftsführer des DGB in Bonn/Rhein-Sieg, Jörg Mährle, sah in dem vorliegenden Gesetzentwurf von Bundesarbeitsminister Heil

(SPD) ebenfalls eine Chance und beschrieb das aktuelle System als würdelos. Kreishandwerksmeister Thomas Radermacher betonte, dass man nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen dürfe und verhindern müsse, dass ganze Generationen langzeitarbeitslos blieben.

Hinsichtlich der Aufgabenfelder auf dem sozialen Arbeitsmarkt betonte Ralf Holtkötter vom JobCenter Rhein-Sieg, dass es keinen Mangel an geeigneten Tätigkeiten etwa in sozialen Einrichtungen oder Kommunen gebe. Unterstützung von Menschen mit körperlichen Einschränkungen, die Pflege von öffentlichen Flächen oder einfache Verwaltungstätigkeiten zur Unterstützung von Fachkräften kämen in Frage.

DENIS WALDÄSTL ZUM VIZE-LANDRAT GEWÄHLT

Der Kreistag wählte den 31-jährigen Sozialdemokraten Denis Waldästl aus Sankt Augustin zum stellvertretenden Landrat des Rhein-Sieg-Kreises. Waldästl folgt damit auf Sebastian Hartmann, der das Amt nach seiner Wahl zum Landesvorsitzenden der SPD in NRW niedergelegt hatte. Er gehört dem Kreistag seit 2014 an und sitzt ebenfalls im Stadtrat von Sankt Augustin.

SPD-FRAKTION KRITISIERT PROJEKT „LEAD CITY“

Als Mogelpackung bewerten die SPD-Verkehrspolitiker die Maßnahmen im Rahmen des ÖPNV-Modellprojekts in Bonn und dem Kreisgebiet. Allen Angebotsverbesserungen droht mangels langfristiger Finanzierung schon nach 1,5 Jahren wieder das Aus. Vom einstigen „kostenlosen Nahverkehr“ ist nur noch eine Umstiegsprämie für Bonner Neukunden mit dem großspürigen Namen „Klimaticket“ übriggeblieben.